

Die Woche im Blick

Ulla Schmidt lehnt Modellversuche ab: TK führt „Selbstbehalt-Tarif“ ein **2**

Angebot der BKK Berlin an Ärzte – Kritik der KZV: Bonus für Zahnärzte aus Osteuropa **3**

Zahnärzte kritisieren Planungen von Ministerin Schmidt: Versorgung wird noch schlechter **4**

Zahnmedizin

Klinische Erfahrungen mit vollkeramischen Inlaybrücken: Minimale Invasivität und Prothetik **9**

In dieser Woche mit
DZW-Spezial 12/02

»Einrichtungen/Praxisbedarf«

Dentin-Hypersensibilität: Jeder vierte Erwachsene leidet daran **11**

Praxis aktuell

ZFZ in Stuttgart nicht nur optisch modern: „Wir müssen Wissen und Wissenschaft für die Praxis vermitteln“ **12/13**

Entscheidung bis zum Jahresende: Auch Zahnärzte profitieren von der Riester-Rente **17**

Seminare und Fortbildung **21–25**

Noch vor Ostern 2003 soll neue Gesundheitsreform im Bundestag eingebracht werden:

Doppellösung für den Sicherstellungsauftrag

Bis Ostern nächsten Jahres will Bundessozialministerin Ulla Schmidt dem Parlament einen Gesetzentwurf für eine Strukturreform im Gesundheitswesen vorlegen.

Dabei will sie den Konsens mit der Opposition suchen. Mit dieser Strukturreform werde ein wettbewerbles Vertragsrecht für Ärzte, Zahnärzte und Kassen eingeführt, kündigte Schmidt bei der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen an. Den Sicherstellungsauftrag sollen Kassenärztliche/Kassenzahnärztliche Vereinigungen (KVen/KZVen) und Kassen gemeinsam übernehmen.

■ Zwangsbildung

Gemeinsam mit der Gesamtverantwortung für den Sicherstellungsauftrag von Kassen und KZVen sollen von den Kassen besondere Verträge zur integrierten Versorgung ebenso direkt abgeschlossen werden können wie mit „spezialisierten Leistungserbringern“ zu einzelnen Versorgungsbereichen, auch in der Zahnheilkunde. Dazu sollen Vergütungssysteme nach Fallpauschalen mit „Sondervereinbarungsmöglichkeiten“ mit den Patienten aufgebaut werden.

Außerdem will Schmidt die „Zwangsbildung“ in industrieunabhängigen Inhalten einführen, will ein Arzt oder Zahnarzt seinen Status als Vertragsarzt erhalten. Weitere Elemente



Ulla Schmidt

der Reform sind eine elektronische Patientenkarte und die Einrichtung eines Patientenbeauftragten. Bis zum Herbst – dann legt die Rürup-Kommission ihren Bericht zur künftigen Finanzierung der Sozialversicherung vor – soll die Reform entscheidungsreif sein. ■

Diabetiker und Bluthochdruckpatienten in der Praxis:

Hohe Zusatzbelastung durch Zahnbehandlung

Durch den hyperadrenergen Zustand, den eine Zahnbehandlung für die meisten Patienten bedeutet, und gegebenenfalls durch therapeutisches Fehlverhalten können in der zahnärztlichen Praxis, so Prof. Dr. Dr. W. Kirch, Dresden, bei Patienten mit arterieller Hypertonie akute Blutdrucksteigerungen bis hin zur hypertensiven Krise, die Dekompensation einer Linksherzinsuffizienz beziehungsweise ein apoplektischer Insult ausgelöst werden.

Auch der Diabetes mellitus kann akute Komplikationen verursachen, die eine umgehende Therapie erfordern. Die Hypoglykämie geht mit Schweißausbruch, Tachykardie, Unruhe und Heißhungergefühl einher und ist durch die sofortige Gabe von Kohlenhydraten in peroraler oder parenteraler Form zu behandeln. Andernfalls droht bei protrahiertem Bestehen einer Hypoglykämie eine schwere cerebrale Schädigung. Die Hypoglykämie ist meist die Folge von Infekten und Diätfehlern und kann in ein ketoazidotisches Koma übergehen. Sie macht eine stationäre Überwachung des Patienten mit

Ausgleich des Säure-Basen-Status und Insulingaben notwendig. Spätschäden des Diabetes mellitus sind diabetische Retinopathie, Nephropathie, Angiopathie und Folgeerscheinungen im stomatologischen Bereich mit Parodontopathien, perioralen Polyneuropathien, Wundheilungsstörungen und einer Sicca-Symptomatik mit verminderter Prothesenhaftung. ■

Ärzte drohen mit Urabstimmung zum Kassenausstiegsvertrag. Sicherstellungsauftrag soll an die Kassen zurückgegeben werden. Kassendefizit steigt weiter:

Rot-Grün braucht die Kanzler-Mehrheit für Gesundheitsnotgesetz

Sozial- und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt musste zum wiederholten Male eine schlechtere Finanzlage der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) einräumen. „Sollte sich die Einnahmesituation nicht verbessern“, sei Ende des Jahres von einem Kassendefizit von bis zu 2,5 Milliarden Euro auszugehen, sagte Schmidt während der Haushaltsdebatte vergangene Woche im Bundestag.

Erst vor vergangene Woche hatte Schmidt von einem Minus von zwei Milliarden Euro gesprochen und damit die bisherige Prognose von 1,5 Milliarden Euro korrigiert. Für die 41 Millionen Kassenmitglieder bedeutet das hohe Defizit erneut höhere Beiträge im kommenden Jahr. Von jetzt 14 Prozent wird der Beitragssatz im Schnitt auf etwa 14,3 Prozent steigen. Mehrere Betriebskrankenkassen (BKK) und die Ortskrankenkassen (AOK) in Berlin und im Rheinland haben bereits erhöht, weitere Kassen werden folgen – darunter die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK) und voraussichtlich auch die Barmer Ersatzkasse.

Der Unions-Gesundheitsexperte Horst Seehofer warf Schmidt bewusste Täuschung vor. „Sie haben die deutsche Bevölkerung angelogen“, sagte der ehemalige Gesundheitsminister in Helmut Kohls Kabinett. Die SPD-Ministerin habe vor der Bundestagswahl einen ausgeglichenen Haushalt und stabile Beiträge versprochen.

„Wir haben Maßnahmen auf den Weg gebracht, um das Defizit zu bekämpfen“, sagte Schmidt. Das so genannte Gesundheits-

notgesetz soll unter anderem mit Zwangsrabatten bei Arzneimitteln und einer Nullrunde für Ärzte, Zahnärzte und Kliniken und einer 5-prozentigen BEL-Absenkung für Zahnersatz Einsparungen von bis zu 2,8 Milliarden Euro bringen.

■ Vermittlungsausschuss angerufen

Der Bundesrat hatte parallel zur Bundestagsdebatte mit CDU/CSU-Mehrheit beschlossen, wegen der beiden „Notstandsgesetze“ den Vermittlungsausschuss anzurufen. Der Bundestag kann am 20. Dezember den Einspruch zurückweisen. Voraussetzung hierfür ist allerdings die „Kanzlermehrheit“, also 303 Stimmen der Mitglieder des Hohen Hauses. Dieses bedeutet, dass die so ge-

Der M1-Nachfo
Dreifach-Vorteil

für die Fachdental
Sparen Sie bis zu
Besonders attraktiv

Mehr Informationen bei
Ihrem Sirona-Fachhändler oder
unter Hotline 01 80 1 88 99 00.
Es lohnt sich!

Exklusiv bei
Gmds www.gmds-dental.de
Medical & Dental Service GmbH
56702 Grenzhausen
4 - 94 99 - 0
- 94 99 29

Zs-A
46291X
ZB MED